

Stadt will Wohnblöcke nicht neu vermieten – Rot-Grün kritisiert Vorgehen: „nicht nachvollziehbar“

Wohnen am Pferdeanger: Aus Stadt-Sicht ein Auslaufmodell

(jan) Hildesheim. Die rot-grüne Rats-Mehrheitsgruppe fordert von der Stadt, die leer stehenden Wohnungen in den Blöcken am Pferdeanger zu renovieren und wieder zu vermieten. Das bisherige Vorgehen sei „angesichts des in Hildesheim fehlenden bezahlbaren Wohnraums weder nachvollziehbar noch akzeptabel“.

Wie bereits berichtet, haben Anwohner des Pferdeangers ihr Unverständnis darüber geäußert, dass die Stadt leer stehende Wohnungen in der Zeile trotz Interesses von potenziellen Mietern nicht neu verberge und stattdessen dem Verfall überlasse.

Stadtbaudezernent Dr. Kay Brummer hatte draufhin erklärt, dass für das Gebiet lediglich einen Bestandsschutz für aktuell genutzte Wohnungen gebe, keinesfalls aber Investitionen für weiteren Wohnraum. Das

Wohnen am Pferdeanger sei ein Auslaufmodell – laut gültigem Flächennutzungsplan sei das Areal als Grünfläche ausgewiesen, dauerhafte Wohnbebauung sei deswegen gar nicht zulässig.

Dieses Argument wiederholte Fachbereichsleiter Heinz Habenicht am Mittwoch im Stadtentwicklungsausschuss. Wollte man ein legales Wohngebiet aus dem Gebiet machen, müsse man den Flächennutzungsplan ändern und unter anderem kostspielige Lärmschutzgutachten in Auftrag geben, so Habenicht.

Volker Spieth (Grüne) verwies hingegen auf Mittel in Höhe von 800.000 Euro, die die Stadt vor mehr als zehn Jahren ausgegeben hatte, um das ehemalige Obdachlosenquartier in Wohnblöcke mit günstigen Mieten umzugestalten – warum denn damals niemand aus der Verwaltung auf den

Flächennutzungsplan hingewiesen habe, wollte Spieth wissen. Damals hatten die Dezernenten Thomas Kulenkampff (Bau) und Annamaria Geiger (Soziales) noch medienwirksam die Mietverträge für die Pferdeanger-Bewohner unterzeichnet.

Habenicht hatte zunächst keine Antwort darauf: „Es hätte damals genau den gleichen Hinweis geben müssen.“ Auch die Frage, ob denn nicht innerhalb der vergangenen Jahre Wohnungen neu, und damit praktisch „illegal“ entgegen den Flächennutzungsplan-Vorgaben vermietet worden seien, konnte Habenicht nicht beantworten. Auf Nachfrage des KEHRWIEDER folgte dann am Freitag eine teilweise Erklärung aus der städtischen Pressestelle: Die Umwandlung der ehemaligen Obdachlosenunterkunft sei „damals aufgrund der Wohnsituation

dringend erforderlich gewesen, obgleich der Flächennutzungsplan zu diesem Zeitpunkt ebenso Grünfläche für den Bereich vorsah.“ Man habe sich zu der Zeit für eine „Duldung“ entschieden, um „menschenswürdige Zustände“ zu gewährleisten, seien die Wohnungen saniert worden. Inzwischen gebe es mehr Wohnraum „im relevanten Segment“: Deshalb werde „die damalige Notwendigkeit aus heutiger Sicht so nicht mehr gesehen.“

Die Ausschussmitglieder waren sich nach der Debatte am Donnerstag einig, dass die Stadt die bewohnten Wohnungen ordnungsgemäß instandhalten müsse – wie nun aber grundsätzlich mit dem Areal verfahren werden soll, ist noch nicht entschieden. Am Montag soll das Thema aber im Stadtrat wieder auf der Tagesordnung stehen.